

Die Weiterentwicklung der Betriebsarbeit der DKP - DKP und Einheitsgewerkschaften heute

Die DKP ist eine Partei der Arbeiterklasse. Nach wie vor gilt, dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist, dass nur sie – im Bündnis mit anderen werktätigen und fortschrittlichen Schichten – den Kapitalismus überwinden und eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen kann. Entgegen bürgerlicher Behauptungen, die Arbeiterklasse verschwinde, stellt sie mit Familien, der Jugend und den Alten über 80% der Bevölkerung. Über 30 Millionen Beschäftigte in Betrieben und Verwaltungen in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen als Arbeiter, Angestellte, Beamte erfahren arbeitstäglich den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion bzw. Erbringung von Dienstleistungen und privater Aneignung. Aber nur ein kleinerer Teil ist sich des Widerspruchs bewusst, ganz wenige nur kennen die Zusammenhänge. So werden denn Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und Lohndrückerei nicht als Ausdruck des Kapitalismus empfunden, sondern oftmals als der Habsucht einzelner Kapitalisten, unkontrollierter Spekulanten oder „falscher“ Politik „falscher“ Parlamentsmehrheiten geschuldet. Allerdings gibt es nicht wenige aufrechte Gewerkschafter/innen, die ansatzweise die wirklichen Ursachen zu erkennen beginnen, die aber durch ihre real erfahrbare Ohnmacht im Betrieb resignieren oder sich zu einem linksradikalem „Zynismus“ hinwenden, ohne die wirklichen Kämpfe aktiv zu unterstützen. Die im System liegenden Ursachen, die Veränderungen infolge auch der Produktivkraftentwicklung spielen in der Einschätzung der Situation durch die Gewerkschaften allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Die Gewerkschaften sind die größte und umfassendste Klassenorganisation. Aber nur noch knapp 20% der Arbeitenden sind gewerkschaftlich organisiert. In den Gewerkschaften stehen sich auf allen Ebenen zwei Grundtendenzen gegenüber. Eine setzt immer noch auf die längst vom Kapital aufgekündigte Sozialpartnerschaft, die andere auf kämpferische Vertretung der Interessen der Arbeitenden. Wobei es hier keine festen Grenzen gibt, nicht wenige Mitglieder und Funktionäre in diversen Auseinandersetzungen mal dieser, mal jener Seite zuneigen.

Für die DKP als eine Partei der Arbeiterklasse ist die Orientierung ihrer Politik auf Betriebe und Gewerkschaften und die Entwicklung der Aktionseinheit eine Kernaufgabe. Wobei dies nicht als Absage an andere wichtige Bereiche der Bündnispolitik verstanden werden soll. Der verstärkten Orientierung auf Betrieb und Gewerkschaft soll dieses Referat dienen, das vieles nur anreißen kann, das in der Diskussion der Ergänzung durch die spezifischen Erfahrungen der Genossinnen und Genossen aus Betrieb und Gewerkschaft bedarf, sowohl hier als auch in den Gliederungen der Partei. Dabei gilt es insbesondere die gravierenden Veränderungen in der Arbeitswelt zu

berücksichtigen, die der Revolutionierung der Produktivkräfte und ihrer fortschreitenden Globalisierung ebenso geschuldet sind wie veränderten nationalen und internationalen Kampfbedingungen z.B. durch den Wegfall der Systemkonkurrenz. Es gilt auch herauszuarbeiten, was die Schwerpunkte unserer Arbeit sein müssen und wo wir unsere Kräfte konzentrieren sollten.

Die Betriebsarbeit der DKP ist sehr unterschiedlich. Sie reicht von der Betriebsgruppe und Betriebszeitung im Großbetrieb bis hin zur Einzelkämpferin, zum Einzelkämpfer im Kleinbetrieb ohne Betriebsrat. Während es im erstgenannten Bereich Möglichkeiten gibt, anhand konkreter Auseinandersetzungen mobilisierende Analyse und Forderungen zu entwickeln, die über den kapitalistischen Tellerrand hinausweisen, ist im anderen Fall die Durchsetzung von gesetzlichen Schutzrechten oft schon eine revolutionäre Tat. Letztendlich stellt sich die Frage, wie die Gesamtpartei die Genossinnen und Genossen an den unterschiedlichsten "Fronten" unterstützen kann, wie deren Betriebsarbeit zu unserer gemeinsamen Sache wird.

Wenden wir uns zunächst den Gewerkschaften zu.

Wie erwähnt, sind sie die größte und umfassendste Organisation der Arbeiterklasse, vereinen deren fortschrittlichste Kräfte. Unter unseren konkreten Bedingungen heißt das nicht nur jene, die auf eine kämpferische Interessenvertretung und auf eine antikapitalistische Alternative setzen, sondern auch Millionen, die zumindest erkannt haben, dass ihre Interessen ohne Organisation im betrieblichen Alltag völlig den Profitinteressen des Kapitals geopfert werden.

Derzeit sind ca. 6,3 Mio. Arbeitende und RuheständlerInnen in den 8 Mitgliedsgewerkschaften des DGB organisiert, ca. 1,3 Millionen in 40 Verbänden des Beamtenbundes, darunter auch die GDL, knapp 300.000 im sog. Christlichen Gewerkschaftsbund sowie etwa gleichviel in tarifvertragsschließenden Gewerkschaften ohne Dachverband, darunter der Marburger Bund mit ca. 110.000 Mitgliedern. Ein wichtiger juristischer Erfolg der DGB-Gewerkschaften war, dass die Arbeitsgerichte einigen Verbänden des CGB die Tariffähigkeit aberkannten und damit der Abschluss von Dumping-Tarifverträgen teils unterbunden wurde.

Zu erwähnen ist noch die frühere DAG als eigenständige Spitzenorganisation, die sich aber bei der Gründung von ver.di in die neue Dienstleistungsgewerkschaft einbrachte.

Zahlenmäßig nicht zu umreißen ist eine Grauzone „gelber Gewerkschaften“, die – in der Vergangenheit oftmals wie die „AUB“ bei Siemens oder die „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ entweder direkt finanziell unterstützt wurden oder sich auffälligen Wohlwollens seitens der Unternehmer, der Arbeitgeberverbände und der Springer-Presse erfreuten. Mit ihrem Wirken befassten sich Arbeits- und teils auch Strafgerichte in den letzten Jahren.

Die Kommunistinnen und Kommunisten gründeten gemeinsam mit Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen nach der Befreiung vom Faschismus die Einheitsgewerkschaften mit, die sich 1948 in den Westzonen zum DGB zusammenschlossen. Die damalige Entscheidung, organisatorisch unabhängige Einzelgewerkschaften zu bilden, anders als beim FDGB in der DDR, dem ÖGB in Österreich oder beispielsweise unmittelbar nach 1945 beim FGB in Hessen, wird bei der Entwicklung in den 90er Jahren noch eine Rolle spielen. Die Entwicklung der Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR soll hier nicht thematisiert werden. Ich verweise auf unser Papier „DKP und Einheitsgewerkschaft heute“, das grundsätzliche Aussagen dazu enthält.

Die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft war auch für die KPD eine Konsequenz aus der Niederlage von 1933. Sie schätzte ein, dass die RGO-Politik falsch war, dass diese mit zur Spaltung der Arbeiterklasse beitrug. Wobei die sozialdemokratische Führung des ADGB alles andere als frei von Mitschuld war. In ihren Anfängen war die RGO zunächst als linksradikale/kommunistische Fraktion innerhalb der ADGB-Gewerkschaften, später als Sammelbecken für jene gedacht, die wegen ihrer Kritik an der offiziellen Linie ausgeschlossen worden waren. Das janusköpfige Verhalten der SPD-Führung in der Frage des Panzerkreuzerbaus, die politische Verantwortung für den Blutmai 1929, aber auch die widerstandslose Hinnahme des Putsches gegen die SPD-geführte Regierung Preußens waren nicht geeignet, die Notwendigkeit der Aktionseinheit zu vermitteln. Die Sozialfaschismustheorie aber genauso wenig.

An der Gründung der Gewerkschaften beteiligt, wurden Tausende Kommunistinnen und Kommunisten in Betriebsräte und in verantwortliche Gewerkschaftsfunktionen gewählt, auch in den hauptamtlichen Apparaten. Im Zuge der Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der BRD, der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes vor allem durch die US-Gewerkschaften, setzte sich in der KPD eine später als linksradikal eingeschätzte Haltung durch, die in die These 37 des Münchener Parteitages mündete, in der den „rechten Gewerkschaftsführern“ vorgeworfen wurde, „die Gewerkschaften in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen“. Das führte dazu, dass kommunistischen Gewerkschaftern ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, in dem sie sich von der These 37 distanzieren sollten. Unterschrieben sie nicht, wurden sie aus ihren hauptamtlichen Funktionen entlassen. Unterschrieben sie, schloss die KPD sie aus. Auf diese Weise büßte die KPD einen Großteil ihres Einflusses auf die Gewerkschaften ein, namhafte Gewerkschafter wie Willi Bleicher oder Leonhard Mahlein verließen ihre Partei.

Für die DKP war seit ihrer Gründung das Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft kein Lippenbekenntnis, sondern reale Politik. Davon wich sie auch nicht ab, wenn andere das Prinzip verletzten, indem sie z.B. die Gewerkschaften als sozialdemokratischen Wahlverein zu missbrauchen suchten. Wie viel Kraft, nicht selten auch persönliche Gemeinheit, immer wieder mal darauf

verwendet wurde, DKP-Mitglieder in der Gewerkschaft zu diskriminieren, habe ich über lange Zeit bis in die 90er Jahre am eigenen Leib erfahren müssen. Aber auch die Solidarität von sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftern, denen die Einheitsgewerkschaft wichtig war und ist.

Es war für mich aber selbstverständlich, mich nicht an linken Spalterlisten zu beteiligen, als ich aus dem Personalrat gedrängt wurde. Abgesehen davon, dass ich damals aus der Partei geflogen wäre, hätte ich mich anders verhalten, ich hätte mich auch von meinen Kolleginnen und Kollegen isoliert. So konnte ich inhaltlich weiter die Diskussion beeinflussen und mich bei Aktionen einbringen. Hätte ich damals auf einer Gegenliste kandidiert, die Kolleginnen und Kollegen der Industriegewerkschaften hätten mich wohl kaum fast zeitgleich zum DGB-Ortskartellvorsitzenden gewählt.

Als der Vorstand des Berliner Bezirks bei der jüngsten Betriebsratswahl eine Gegenliste unterstützte, verurteilte der Parteivorstand das als politischen Fehler. Auch aus meiner persönlichen Erfahrung heraus habe ich den Beschluss voll unterstützt.

Wenn man die kraftvollen Aktionen und Kämpfe der Gewerkschaften in Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich, jüngst auch wieder in Großbritannien sieht, stellt sich schon die Frage, warum das hier in Deutschland nicht so ist. Rückblickend ist dann festzustellen, dass es hier über Jahrzehnte eine Sondersituation gab: eine lange krisenfreie Entwicklung infolge des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg und die Rolle der BRD als Schaufenster zum Osten. So konnten die hiesigen Gewerkschaften in Verhandlungen oftmals Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen durchsetzen, die ihre KollegInnen in anderen Ländern häufig auch mit Streiks nicht erringen konnten. Die Lebenslage der Arbeiterklasse in der BRD erreichte ein Niveau, das vor 1933 viele als nur im Sozialismus erreichbar ansahen.

Die in den 70er Jahren eingeführte Unternehmensmitbestimmung in den Aufsichtsräten verstärkte sozialpartnerschaftliche Illusionen, ohne erkennbar zum Instrument einer stärkeren Interessenvertretung der Belegschaften zu werden. Zumal sie noch hinter den Regelungen der Montanmitbestimmung und erst recht denen des VW-Gesetzes zurückblieb. Nichts desto trotz geht selbst diese eingeschränkte Mitbestimmung führenden Kapitalkreisen zu weit. Deshalb müssen wir auch hier zum einen die Unzulänglichkeit des Erreichten benennen, es zum anderen aber gegen eine weitere Rechtsentwicklung verteidigen. Auch die jüngsten Erfahrungen bei Karmann zeigen, dass wir dem VW-Gesetz gleiche Regelungen auch bei Opel, bei Ford, ja in der ganzen Industrie bräuchten.

Jeder erkämpfte Fortschritt förderte aber auch Illusionen in die sog. „Soziale Marktwirtschaft“ als angeblichen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der tief in den Köpfen verwurzelte Antikommunismus trug dazu bei, kämpferische Positionen in den Gewerkschaften

zurückzudrängen oder ihren Handlungsspielraum deutlich einzuschränken. Trotzdem gab es auch hervorragende Kämpfe, wie z.B. den um die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und um die 35-Stunden-Woche, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wenn nach Meinung von Franz-Josef Strauß damals der Streik um die 35-Stunden-Woche in einer „mitbestimmten Wirtschaft“ nur möglich gewesen sei aufgrund der „kommunistischen Unterwanderung“ des DGB, dann zeigt auch das, dass die auf gewerkschaftliche Gegenmacht orientierten Kräfte weiter eine wichtige Rolle spielten. Dazu gehörten natürlich auch die kommunistischen GewerkschafterInnen, aber längst nicht nur sie alleine.

Mit dem Ende des Sozialismus in Europa gerieten auch die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften in die Defensive. Die These vom endgültigen Sieg des Kapitalismus, vom Ende der Geschichte gar, zeigte auch hier Wirkung. Es bekamen jene Auftrieb, die sich teils schon vor 1989 in die Standortlogik hatten einordnen lassen, die ihr Heil darin sahen, dass ihr Betrieb, ihre Branche floriert. Das schlug sich auch im DGB-Grundsatzprogramm nieder, in dem der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur noch in der Präambel kurz erwähnt wird.

Nach der Annexion der DDR wurden auch die dortigen Gewerkschaften übernommen. Teils nur die Mitgliedschaft, teils auch die Funktionäre, soweit sie sich von ihrer DDR-Vergangenheit ganz oder punktuell distanzieren. Mit der „Abwicklung“ der DDR-Wirtschaft, der Verwaltung, der Hochschulen und vielem mehr wurden dann auch Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Die kurzzeitig auf fast 12 Millionen gestiegene Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften ging rapide zurück, sahen doch die aus der Arbeit Ausgegrenzten kaum noch einen Sinn darin, weiter Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit wurde gerade der Osten zum Experimentierfeld der Unternehmen, wurde dort erprobt, wie man u.a. die Flächentarifverträge aushebelt, Arbeitszeiten entgrenzt, Schutzrechte zu Makulatur werden lässt u.v.a.m. Wenn man aktuell verfolgt, wie derzeit z.B. die angeblich „faulen Griechen“ propagandistisch diskreditiert werden, damit hierzulande keine Solidarität entsteht, dann klingt das wie die Neuauflage der Diffamierungskampagne gegen „die Ossi, die erst mal arbeiten lernen müssen“. Da wurde in den DGB-Gewerkschaften aktuell einiges erkannt. So wird im Leitartikel der jüngsten ver.di-Publik dargestellt, dass von der sog. Griechenlandhilfe nur die reichen Hellenen und die Banken, auch die aus der BRD, profitieren, während den griechischen Kollegen aufs Brutalste der Brotkorb hochgehängt wird. Und letztendlich soll dann auch die deutsche Arbeiterklasse mal wieder für die Profite von Zockern und Spekulanten haften.

Wesentlich zur Schwächung der Gewerkschaften trug die wissenschaftlich-technische Revolution, die Einführung der Mikroelektronik in allen Wirtschaftsbereichen bei. Die damit verbundene Erhöhung der Produktivität, an der die Arbeitenden nicht mehr adäquaten Anteil in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten hatten, verfestigte eine seit der Krise von 1974 vorhandene Dauerarbeitslosigkeit. Eine Arbeitszeit von 25 Stunden reichte heute wahrscheinlich zur Befriedigung

aller gesellschaftlichen Bedürfnisse aus, und alle, die wollten, könnten einer Erwerbsarbeit nachgehen. Da die Lohnquote und damit die Massenkaufkraft permanent sinkt, suchten und suchen die Kapitalisten ihren Ausweg in der ständigen Steigerung des Exports und in der Spekulation. In den Neunzigern wurde diese Entwicklung noch beschleunigt durch die Privatisierung öffentlicher Betriebe wie der Post, durch die zunehmende Internationalisierung von Entwicklung, Produktion und Verwaltung, durch Auslagerungen in Billiglohnländer etc. Die Zerschlagung von Betrieben und Konzernen, auch durch Hedge-Fonds etc., ständige Umorganisationen, Ausgliederungen von Betriebsteilen usw. desorganisierten die Arbeiterklasse zunehmend. Den Gewerkschaften liefen nicht, wie oft kolportiert wird, die Mitglieder massenhaft weg, aber der Schrumpfungsprozess gerade des industriellen Kerns und des öffentlichen Sektors ließen auch die Mitgliederbestände abschmelzen. Kam hinzu, dass gerade zu Zeiten der Aktien- und dot-com-Blasen im Bewusstsein jugendlicher Berufseinsteiger die Gewerkschaften die Dinosaurier von gestern waren, die Organisationen der Loser, die man ebenso wenig zu brauchen glaubte wie Betriebsräte.

Dass der Kapitalismus keinen Bogen um diese Branche machte, zeigte sich nicht nur nach dem Platzen der diversen Blasen. So wehrten sich die Beschäftigten der ehemaligen „Softwareschmiede“ von Opel, EDS, schon vor Jahren gegen Arbeitsplatzabbau und Verlagerung durch den neuen Eigner HP. Wie sich dort bei einem Organisationsgrad von mal 5% dann „Barrikadenbauende Software-Ingenieure“ entwickelten, wurde in einem UZ-Beitrag zur Diskussion „Wie lernt die Arbeiterklasse wieder kämpfen?“ jüngst geschildert. Das und andere sind Fragen, die insbesondere auch der Parteivorstand in Vorbereitung unserer Theoretischen Konferenz wird aufgreifen müssen.

Jener Teil der Jugend, dem Ausbildung und Arbeit verwehrt werden, der in Warteschleifen geparkt und letztendlich um seine Zukunft gebracht wird, kommt überhaupt nicht mehr mit der organisierten Arbeiterbewegung in Kontakt.

Ich selbst erlebte, wie neue Formen der betrieblichen Arbeitsorganisation die Kollegen nicht nur entfremdeten, sondern auch zu Konkurrenten machten. Das beginnt mit der Gleitzeit und der Ausdehnung der Besetzungszeiten, man sieht sich immer weniger, vor allem die Zeiten für Gespräche vor und nach der Arbeit, die gemeinsamen Pausen werden seltener. Die zunehmende Verdichtung macht ihre Arbeit vergleichbar, die Beschäftigten untereinander ausspielbar. Sog. leistungsorientierte Bezahlung treibt sie an, mit Zielvereinbarungen werden sie darauf getrimmt, die Profitziele als die ihren zu verstehen. Team- oder Gruppenarbeit, gepaart mit Teamzielen, soll sie gegen sog. „low Performer“ aufbringen, die nicht mehr das olympiareife Arbeitstempo durchhalten oder zu oft mit dem Betriebsrat telefonieren. Ständige Erreichbarkeit per Handy und Internet entgrenzt immer mehr Arbeit und Privatleben, schränkt aber auch den Raum für gewerkschaftliche oder sonstige gesellschaftliche Aktivitäten ein. Viele halten das nur durch mit Mitteln, die sie bei jeder Dopingkontrolle in Schwierigkeiten brächten. Je unsicherer und je prekärer die Arbeitsverhältnisse

sind, umso erdrückender wirkt das alles. Die moderne Arbeitswelt formiert die Arbeiterklasse in weiten Teilen nicht mehr, sondern desorganisiert sie. Hierauf haben nicht nur die Gewerkschaften bis heute weitgehend keine realisierbaren Antworten gefunden.

Bereits die Kohl-Regierung hatte mit der Änderung des § 116 und zahlreichen sog. Reformen, z.B. des Kündigungsschutzes, die Lage der Arbeiterklasse geschwächt. Mit der Hartz-Gesetzgebung beschleunigte die Fischer-Schröder-Regierung diese Entwicklung. Mit Hartz II wurden Zeit- und Leiharbeit ebenso wie die völlige Entgrenzung befristeter Arbeitsverhältnisse durchgesetzt, was zur Schaffung eines wachsenden Billiglohnssektors, zur Spaltung zwischen Kernbelegschaften und gewerkschaftlich kaum noch organisierbaren prekär Beschäftigten führte. Das Verarmungsprogramm Hartz IV bekämpfte nicht nur die Arbeitslosen, es wurde auch zur Keule gegen die Arbeitenden. Viele Belegschaften und Betriebsräte blieben nicht standhaft, wenn Entlassungen angeblich nur durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung vermeidbar sein sollten. Der nur 365 Tage kurze Weg zu Hartz IV wirkt als Drohung. Auch Schröders Drohung, gesetzliche Öffnungsklauseln durchzusetzen, wenn sich die Gewerkschaften diesbezüglich nicht mit den Unternehmern einigen würden. Alles war ausgerichtet auf die Stärkung des Exportstandortes Deutschland. Der Exportanteil beträgt mittlerweile rund 46% des BIP gegenüber rund 20% 1990, die deutsche Exportwalze überrollt die schwächeren Ökonomien innerhalb und außerhalb der EU. Dass der derzeitige Aufschwung nur ein Zwischenhoch auf Kosten anderer sein wird, wurde in jüngster Zeit auch in der UZ, auf kommunisten.de, in den Marxistischen Blättern und anderswo ausführlich beschrieben. Die Erhöhung der Lohnquote, die Stärkung der Massenkaufkraft wäre nicht nur zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse im Lande eine vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften, sondern auch als Akt internationaler Solidarität.

Auf sinkende Einnahmen durch weniger Mitglieder und geringere Durchschnittsbeiträge versuchten die Gewerkschaften mit Organisationsreformen und Zusammenschlüssen zu reagieren. So hat der DGB jetzt noch 8 unterschiedlich große Mitglieder, wobei gut 2/3 der über 6 Mio. KollegInnen in der IGM und in ver.di organisiert sind. Das hat aber weder die Streitigkeiten über die Abgrenzung von Organisationsbereichen beseitigt noch eine reale Stärkung gebracht. Insbesondere die diversen Reformen des DGB haben die Dachorganisation aus der Fläche verschwinden lassen. Die Beschlüsse des DGB-Kongresses vom Vorjahr stellen einen Kompromiss dar zwischen jenen, die den DGB nur noch auf Landes- und Bundesebene als eine Art Koordinierungsgremium unter alternierendem Vorsitz der Einzelgewerkschaftsvorsitzenden sehen wollten und jenen, die den Rückzug aus der Fläche mit ehrenamtlichen Strukturen teilweise rückgängig machen wollen.

Dies ist auch deshalb nötig, weil örtliche DGB-Strukturen eine wesentliche Voraussetzung für eine Zusammenarbeit vor Ort in konkreten Kämpfen bilden, ebenso auch zur Vernetzung mit politischen und sozialen Bewegungen.

Gleichermaßen wie das teilweise Verschwinden aus der Fläche wirkt sich der Rückgang gewerkschaftlicher Bildungsarbeit aus. Jüngstes Beispiel ist die beabsichtigte Schließung einer weiteren DGB-Bildungsstätte in Sasel. Dennoch scheint der Trend bei den Mitgliedsverlusten abgebremst, teilweise gar gestoppt. Ver.di nahm z.B. 2010 mehr beruflich aktive Mitglieder auf als der Gewerkschaft den Rücken kehrten.

Nicht nur die „Kurzlebigkeit“ vieler Arbeitsverhältnisse, auch der wechselnde Einsatz von Zeit- und Leiharbeitern, die Ausgliederung von Betriebsteilen in andere Organisationsbereiche stellen objektiv die Frage danach, ob ein anderes Organisationsmodell mit einer Mitgliedschaft, ähnlich wie in Österreich, nicht besser auf die Verhältnisse passen würde. Eine ernstliche Diskussion darüber findet aber derzeit nicht statt. Sie blühte ein wenig auf, als es Ende der 90er Jahre um die Gründung der ver.di ging: In den Quellgewerkschaften IG Medien und HBV, aber auch bei der ÖTV wurde offen kritisiert, dass ver.di ein „Ersatz-DGB“ werden könne und wolle, während demgegenüber die genannte „österreichische Lösung“ eine Alternative für alle damaligen DGB-Gewerkschaften hätte darstellen können. Die Debatte blieb im zähen Morast organisationsegoistischer Überlegungen in allen Quellgewerkschaften stecken. Die IGM wird bei ihrem Gewerkschaftstag diskutieren, ob sie ihre Verwaltungsstellen zu Lasten der Zentrale stärken soll, um in der Fläche präsenter zu sein. Tendenziell kann sie sich, wie auch ver.di und die IG BCE, immer weniger auf schrumpfende Großbetriebe stützen, muss neue Branchen gewerkschaftlich ebenso erschließen wie traditionell schlecht organisierte Bereiche. Dazu gehören nicht nur das Handwerk und der Einzelhandel, sondern auch Bereiche wie die Kirchen, die mit ihren Krankenhäusern, Altenheimen, Kindertagesstätten, sozialen Diensten vor Ort oft mehr Menschen beschäftigen als die Industrie. Das aber unter vordemokratischen Rechtsverhältnissen, von denen dann auch Druck ausgeht auf die in Konkurrenz stehenden privaten Träger solcher Einrichtungen. Ver.di ist da mit Streiks bei der Diakonie, in Kindertagesstätten und in regelrecht gewerkschaftsfeindlichen Einzelhandelskonzernen und Discountern auf einem mühsamen, aber langsam vorwärts führenden Weg. Ähnlich die Gewerkschaft IG BAU, die mittlerweile einen Mindestlohn für das Gebäudereinigerhandwerk erkämpfte. Sie war auch an der Gründung einer europäischen Wanderarbeitergewerkschaft beteiligt, dem Projekt fehlt aber noch die Unterstützung anderer DGB-Gewerkschaften.

Durch eine breite Basisdiskussion in ver.di konnte die Initiative von DGB und BDA für eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit gestoppt werden. Die Tarifeinheit wurde durch die Unternehmer unterhöhlt, durch Ausgliederungen, Zeit- und Leiharbeit, Dumpingtarifverträge mit christlichen und gelben Gewerkschaften, Einstiegsgehälter, Öffnungsklauseln und vieles mehr. Was sie nicht wollten, war ein Überbietungswettbewerb zwischen den DGB-Gewerkschaften und Spartengewerkschaften wie der GDL und dem Marburger Bund. Wobei wir davon ausgehen können, dass das Ausscheren kleiner, aufgrund ihrer spezifischen Stellung schlagkräftiger Gruppen insgesamt die Gewerkschaftsbewegung schwächt. Dass da oft auch eine berechtigte Unzufriedenheit dahinter steht,

mag unbestritten bleiben. Wir werden keiner streikenden Belegschaft die Solidarität verweigern, aber unser Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft bleibt davon unberührt.

Bei realistischer Betrachtung der DGB- BDA-Initiative war gleich zu erkennen, dass hier unter derzeitigen Machtverhältnissen eine weitere Beschränkung des deutschen Arbeitskampfrechts herausgekommen wäre. Die Tarifeinheit ist ein hohes Gut, sie ist Teil des Gedankens der Einheitsgewerkschaft, sie muss aber gewerkschaftliche Kampfaufgabe sein. Ebenso wie die Realisierung eines umfassenden Streikrechts, was mehr ist als die oft erhobene Forderung nach dem politischen Streik. Letztendlich wird das weder durch zahlreiche Online-Petitionen erreichbar sein noch von einem Gesetzgeber verliehen werden, bevor es sich die Arbeiterklasse genommen hat. In Anlehnung an Brecht bin ich überzeugt, dass das erst geschieht, wenn der Kampf ums Teewasser flächendeckend um sich greift. Wo sonst als dort sollen die dafür nötigen Erkenntnisse heranreifen?

Vielfach wurde kritisiert, der angekündigte „heiße Herbst“ sei nur ein laues Lüftchen gewesen. Gemessen an anderen Ländern mit anderen Traditionen mag das stimmen. Fakt ist aber auch, dass mit Betriebsversammlungen Millionen Menschen erreicht wurden. Dass mit der Forderung nach einem guten Leben Diskussionen angestoßen wurden über die jetzige Situation. Dass ver.di z.B. die Frage der öffentlichen Finanzen mit der Lebenslage der Arbeiterklasse verknüpft hat. Dass beim Aktionstag gegen Zeit- und Leiharbeit im Februar über 210 000 Metallgewerkschafter vor den Betriebstoren waren. Nach langen Jahren der Blauäugigkeit bezüglich der EU wird auch der DGB zunehmend kritischer, organisiert gemeinsame Proteste französischer, belgischer und Luxemburger Gewerkschaften gegen den Pakt für den Euro. Dieses von Merkel und Sarkozy auf den Weg gebrachte Vorhaben zielt auf eine europaweite Absenkung der Standards ab, will das Modell Billiglohnland Deutschland exportieren. In Brüssel demonstrierten im September über 100.000 Gewerkschafter gegen die neoliberale Politik der EU. Aus Zeit und Platzgründen verweise ich hier auf einen diesbezüglich Beitrag von mir in den MBI Nr. 1/2011.

Gerade bei der Einschätzung von Tarifergebnissen ist Sorgfalt notwendig. Richtig, und deshalb auch nicht zu verschweigen, ist, dass sie in den letzten Jahren zumeist nicht einmal den Reallohnverlust deckten. Natürlich kann man dann immer sagen, es wäre mehr drin gewesen, hätte die Gewerkschaft in mehr Betrieben länger gestreikt. Wer dies behauptet, – und das ist ein gutes Recht aller engagierten Gewerkschafter/innen – die oder der sollte allerdings auch aufzeigen, unter welchen politischen und organisatorischen Bedingungen und unter Berücksichtigung des damaligen wie heutigen Standes des Bewusstseins der Arbeiterklasse diese Streiks an Intensität und Dauer hätten gewinnen können. Denn Streik ist kein Selbstzweck, sondern eine Waffe, mit der sowohl Siege errungen und Rückschläge abgewehrt, als auch Niederlagen „erkämpft“ werden können. Wäre es aber z.B. 2009 realistisch gewesen, im Öffentlichen Dienst einen Erzwingungsstreik zu organisieren, während rings herum die Wirtschaft eingebrochen war, Hunderttausende in Kurzarbeit gingen? Oder

2008 in der Metalltarifrunde, wo nach den ersten Warnstreiks sich die Krise gerade bei den Automobilzulieferern mit Auftragseinbrüchen anmeldete? Es waren Genossen aus diesem Bereich, die uns bei der Betriebsarbeiterberatung in Düsseldorf darauf aufmerksam machten, dass von da an ein Streik möglicherweise Kurzarbeit zu Lasten der Streikkassen gewesen wäre. Die zu diskutierende Frage ist doch nicht nur, ob man in der Krise kämpfen kann, sondern ob man auch gewinnen kann. Aus meiner persönlichen Erfahrung als ehrenamtlicher örtlicher Streikleiter weiß ich, dass es mehr braucht als den Beschluss einer Gewerkschaftsführung. Dass es da z.B. sehr auf die zuvor geleistete kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit am Ort und im Betrieb ankommt.

Ich will hier nicht versuchen, von vorhandenen Inkonsequenzen, sozialpartnerschaftlichen Illusionen, Standortegoismus und einigem mehr abzulenken, was die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger behindert. Vielmehr fordere ich auf, differenzierter zu bewerten, Positives und Fortschritte zu erkennen und daran anzuknüpfen. Nicht die verbalradikale Attacke bringt weiter, oft sogar im Gegenteil. Letztendlich führt kein Weg daran vorbei, selbst in den Gewerkschaften mitzuarbeiten, sich an Aktionen und deren Vorbereitung ebenso zu beteiligen wie an der alltäglichen Kleinarbeit und dabei immer wieder die solidarisch geführte Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen zu suchen. Kämpfen oder nicht, das ist nach meiner persönlichen Erfahrung in erster Linie kein Oben-Unten-Problem, kämpferische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter findet man auf allen Ebenen ebenso wie jene, die immer noch an den sozialpartnerschaftlichen Weg glauben. Wer einmal vor Ort einen Streik geführt hat, weiß, dass der nur zu gewinnen ist, wenn alle mitmachen, ob sie nun mehr zur Sozialpartnerschaft oder zum Kampf neigen.

Unter den heutigen Bedingungen ist allerdings auch die Frage nach dem Sinn und möglichen Erfolgen von Teilstreiks zu stellen. Vielfach kann die gesamte Belegschaft eines Betriebes nicht mehr geschlossen in den Arbeitskampf geführt werden, geht die Arbeit im bestreikten Betrieb mit größeren oder kleineren Störungen weiter, sorgen ängstliche Beschäftigte, Werksvertrags- und Leiharbeiter für organisierten Streikbruch. Soll der Streik deshalb ausbleiben, bis „alle“ mitmachen? Wer als Gewerkschafter/in so handelt, der unterschätzt die mobilisierende, motivierende und lehrende Wirkung von Arbeitskämpfen – vorausgesetzt, die verantwortliche Gewerkschaft stellt den Unterstützer/inne/n der Teilstreiks realistische und realisierbare Ziele, mit denen sich die Streikenden identifizieren und deren Erreichen sie auch als ihren Erfolg „verbuchen“ können.

Die Diskussion um weitergehende Ziele muss wie die um mehr Entfaltung gewerkschaftlicher Kraft, z. B. durch ein wirkliches Streikrecht, mit dem Kampf um betrieblichen und tariflichen Fortschritt verbunden werden. Auf diesem weiten Feld der Durchsetzung von Verbesserungen oder wenigstens der Abwehr weiterer Angriffe des Kapitals, wird man auch die „da-kann-man-ja-doch-nichts-machen“-

Einstellung aufbrechen müssen als Voraussetzung für weiterführende Kämpfe und schließlich die Überwindung des Kapitalismus.

Zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der DKP

Der Grundwiderspruch im Kapitalismus ist der zwischen Kapital und Arbeit und folglich der zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Dies zu vermitteln muss ein inhaltlicher Kern unserer Betriebsarbeit sein. Es gilt, nach entsprechender Analyse die Pläne und Absichten des Kapitals offenzulegen, am besten konkret am Beispiel des jeweiligen Betriebs, in dem Genossinnen und Genossen arbeiten oder den sich eine Parteigliederung als Schwerpunkt ihrer Arbeit ausgesucht hat. Aber nicht alleine die Analyse des Bestehenden bewegt die abhängig Beschäftigten, sondern konkrete Vorschläge für den Betrieb und für die Branche und das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten für die Kolleginnen und Kollegen. Dabei müssen wir auch Wege innerhalb des Kapitalismus aufzeigen, die von den KollegInnen für realistisch und realisierbar gehalten werden. Dabei gewinnen wir nichts, wenn wir lediglich auf schon gestellte Forderungen noch eins draufsetzen, also 25-Stunden-Woche, wenn andere 30 fordern, oder 12 Euro Mindestlohn statt 10. Wir verschweigen dabei nicht, dass Probleme wie unsichere Arbeits- und damit Lebensverhältnisse, Perspektivlosigkeit von Teilen der Jugend, immer wieder auftretende Wirtschaftskrisen bis hin zur Frage des Überlebens der Menschheit angesichts der Bedrohungen durch Krieg, Klimaveränderung usw. letztendlich nur durch eine revolutionäre Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse zu ändern sind. Und dass der Sozialismus nicht im Selbstlauf kommen wird.

Die Orientierung auf das Kapital als den Hauptfeind bedeutet auch, dass wir uns darüber klar sein müssen, dass nicht sozialpartnerschaftlich bewegte Betriebsräte, sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre oder „die Gewerkschaftsführungen“ der Klassenfeind sind. Wo Kritik notwendig ist, da muss sie geäußert werden, sachlich, auf Argumenten beruhend. Wir wollen ja, wie andere linke GewerkschafterInnen auch, unsere Kolleginnen und Kollegen mit unseren Argumenten überzeugen und uns nicht durch verbalradikale Beschimpfungen etc. isolieren. Wen überzeugt es schon, wenn sein vom ihm mitgewählter Betriebsrat als „Arbeitverräter“ beschimpft wird? Das ging schon mit der These 37 schief.

Die beste organisatorische Variante ist natürlich die Betriebsgruppe, die regelmäßig eine eigene Zeitung herausgibt, deren Mitglieder aktive Gewerkschafter sind, ggf. in Funktionen, z.B. im Vertrauensleutekörper oder im Betriebs- bzw. Personalrat. Der „Rote Käfer“, unsere Betriebszeitung für VW, beschränkt sich z.B. nicht darauf, dass sich die „GenossInnen“ als die „besseren Gewerkschafter“ zu profilieren suchen, sondern analysiert auch in für die KollegInnen verständlicher Sprache die Zukunftsperspektiven einer derzeit rein am Profit orientierten Automobilindustrie mit weltweit riesigen Überkapazitäten. Deshalb werden Alternativen für die Automobilindustrie aufgezeigt,

z.B. deren Weiterentwicklung zu einer „Mobilitätsindustrie“, die u.a. menschen- und umweltverträgliche Massenverkehrsmittel produziert. Ohne dass den Beschäftigten eine für ihre Zukunft gesicherte Alternative aufgezeigt wird, werden diese weiter vordergründigen Arbeitsplatz- und Standortargumentationen der Unternehmer und deren Interessenvertreter in den bürgerlichen Parteien und den Medien folgen.

VW Braunschweig ist auch ein Beispiel dafür, wie von einem Betrieb aus auch wichtige Impulse in politischen Auseinandersetzungen ausgehen können. So beteiligten sich Tausende im letzten Herbst an einer Demonstration gegen den Sozialabbau der Bundesregierung, bei der unser Genosse Uwe Fritsch als Betriebsratsvorsitzender und der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske sprachen. Um den 4. Juni. 2011 herum fanden in der Stadt und im Betrieb eindrucksvolle antifaschistische Aktionen zur Verhinderung eines Naziaufmarsches statt. Details dazu könnt Ihr hier vorliegenden Umlaufmappen entnehmen. Es gibt sicher noch mehr Faktoren dafür, aber die Tatsache, dass der Rote Käfer seit über 40 Jahren regelmäßig von der Belegschaft gelesen wird, spielt da sicher keine unwichtige Rolle. Er erscheint nun auch mit einer Ausgabe für VW Osnabrück (ehemals Karmann).

Es gibt noch weitere Betriebszeitungen, die entweder von Betriebsgruppen, Betriebsaktiven oder anderen Gliederungen herausgegeben werden und nicht nur regelmäßig erscheinen, sondern auch in aktuelle Kämpfe mit eingreifen, wie z.B. „Schrittmacher“ bei der Charité in Berlin. „Auf Draht“ erscheint in München und wendet sich vorrangig an Belegschaften bei Siemens sowie anderen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Das „Profil“ erscheint im Saarland für die Kolleginnen und Kollegen von Saarstahl in Völklingen, das „Betriebsinfo“ erstellt die DKP Bremen, „der Chemie-Werker“ wird von der DKP Darmstadt für Merck gemacht. „Die Pille“ erscheint als Betriebszeitung für Bayer in Leverkusen. In Bochum erscheint „Linker Blinker“ für Opel. Längst nicht alle Betriebszeitungen sind in der Partei allgemein bekannt. Es wäre deshalb zu prüfen, ob wir z.B. auf kommunisten.de eine Rubrik speziell für Betriebszeitungen einrichten können. Ein so organisierter regelmäßiger Austausch, auch die Möglichkeit, passende Beiträge in andere Betriebs- oder Gruppenzeitungen zu übernehmen, würde uns in der Umsetzung der Betriebsorientierung unterstützen.

Betriebsgruppen, Betriebsaktive und Sammelbetriebsgruppen sind in der Partei immer noch recht selten. Eine Sammelbetriebsgruppe wie in Hanau kann die Grundlage für gute Betriebsarbeit sein, gerade wenn ehemalige Großbetriebe am Ort heute nur noch relativ wenige Beschäftigte haben. In der UZ ist das nachlesbar, auch hier würden Details den Rahmen sprengen. Auch bei intensiver Prüfung durch zuständige Vorstände sind fast überall die derzeitigen Bedingungen ungünstig. Es mangelt an GenossInnen in den Betrieben, aber auch an solchen, die sich schwerpunktmäßig und kontinuierlich um einen Betrieb kümmern könnten, z.B. die notwendigen Kontakte zu Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern aufbauen. Trotzdem können wir stärker vor Betrieben auftreten, wenn

mehr Gruppen zumindest die mehrfach im Jahr erscheinenden UZ-Extra, zentrale Flugblätter und, wenn vorhanden, ihre Gruppenzeitung verteilen könnten. In der bürgerlichen Presse und im Internet findet man immer wieder Artikel, Berichte etc. zum jeweiligen Betrieb, zu denen man einen Kommentar schreiben oder auch einfach nur ein paar kritische Fragen formulieren kann. Natürlich sind auch Internetseiten dazu geeignet. Gibt es keinen größeren Betrieb, dann kann ein Wohngebiet mit entsprechender Sozialstruktur interessanter sein als manche Fußgängerzone.

Selbstverständlich sollte es sein, bei größeren Gewerkschaftsveranstaltungen und -demonstrationen, vor allem aber am 1. Mai mit der UZ präsent zu sein. Ob man da die Parteifahne mit hinnimmt, in roten Blöcken marschiert oder nicht, muss vor Ort entschieden werden. Wenn es, wie bei mir in Bad Kreuznach, seit Jahrzehnten den Konsens darüber gibt, dass am 1. Mai keiner eine Parteifahne mitträgt, wäre kontraproduktiv, das dann doch zu tun. Ebenso kontraproduktiv kann es sein, seine Fahne im Schrank zu lassen, wo alle anderen die ihre rausholen.

Zumindest mit der UZ müssen wir auch auf Gewerkschaftstagen vertreten sein, eine Verteilung an die Delegierten muss mit Hilfe örtlicher Kräfte abgesichert werden. Im Herbst streben wir an, auch wieder am Rande der Gewerkschaftstage von IGM und ver.di mit Parteienabenden präsent zu sein. Da wir weder mit den großen und damit auch teuren Künstlern noch mit opulenten Mahlzeiten locken können, müssen wir uns Gedanken über interessante Diskussionsangebote machen. Mit entscheidend wird sein, ob wir in der verteilten UZ auch als Partei der Arbeiterklasse Profil zeigen. Das kann nicht nur Aufgabe der Redaktion sein, nicht bei Kongressen und auch das ganze Jahr über nicht. Deshalb braucht unsere Zeitung die Zuarbeit aus der Partei, am Besten fertige Artikel, die allenfalls einer redaktionellen Überarbeitung bedürfen.

Ein Kernstück unserer Politik ist die Aktionseinheit. Wer im Betrieb aktiv ist, betreibt sie zumeist ganz selbstverständlich. Nur gemeinsam mit möglichst allen Kolleginnen und Kollegen, ob sie nun sozialdemokratisch, sozialistisch oder (partei-)christlich eingestellt sind, auch grün, oder gar keiner Partei zuneigen, kann z.B. ein Warnstreik zum Erfolg werden. Trotz ihrer Parteibindung sind viele Kolleginnen und Kollegen z.B. gegen den Sozialabbau, ob von Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, für höhere Löhne wohl zumeist auch. Wir sollten uns auch außerhalb des Betriebes nicht scheuen, mit ihnen in der Sache klar, aber sachlich und ggf. auch kameradschaftlich zu diskutieren. Öffentliche Veranstaltungen der AfA der SPD, der CDA der CDU oder auch der KAB können dazu die Gelegenheit bieten. Unsere Argumente richten sich dort an Menschen, deren Klassenlage in der Regel auch die unsere ist. Mit unterschiedlichen Kräften arbeiten wir auch im Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken zusammen, was nicht immer problemlos ist, sind doch z.B. unsere Vorstellungen von Einheitsgewerkschaft nicht unbedingt die aller anderen. Nicht nur auf diesem an sich wichtigen Arbeitsfeld wäre es erforderlich, manche Aktive solidarisch darauf hinzuweisen, dass revolutionäre Theorie und betriebliche Praxis nicht allzu weit auseinanderklaffen sollten. Das heißt:

Wer im „eigenen“ Betrieb an Kämpfen nicht viel oder nur selten etwas „auf die Beine“ stellen kann, der sollte etwas bescheidener mit den Forderungen an „die Gewerkschaften“ sein. Eine höhere Übereinstimmung herrscht dort, wo GenossInnen in der ver.di-Linken mitarbeiten.

Die in Betrieb und Gewerkschaft aktiven Genossen haben Erwartungen an die Partei. Sie brauchen u.a. Foren, Arbeitskreise, Kommissionen etc., in denen sie auch spezifische Erfahrungen diskutieren und verallgemeinern können, wo es auch Ratschläge und Tipps von anderen GenossInnen für den Umgang mit konkreten Problemen geht. Deshalb sollten alle Leitungen die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit mit einiger Regelmäßigkeit auf ihrer Tagesordnung haben.

Der Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft des PV hat sich im letzten November einen Rahmenarbeitsplan gegeben. Dazu gehört, dass er sich 2x p.a. an einem Wochenende treffen will, damit nicht nur Zeit für Aktuelles und Organisatorisches ist, sondern auch für Schwerpunktthemen. Im Februar waren das die Zeit- und Leiharbeit sowie die Tarifeinheit, am 27. und 28. August soll es die Arbeitszeitfrage sein. Sie hat strategische Bedeutung, denn ohne massive Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich wird der Druck durch die Arbeitslosigkeit nicht nachlassen, Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften zu manchem faulen Kompromiss zwingen. Arbeitszeitverkürzung wird auch gebraucht zur Kompensation der vor allem psychischen Belastungen, die im Zuge der bereits geschilderten Veränderungen enorm zugenommen haben und immer mehr Menschen krank werden lassen. Letztendlich gehört auch das Problem der Aufstocker dazu, wobei hier all jene gemeint sind, die länger als 15, 10 oder gar weniger Stunden in der Woche arbeiten wollen, damit das Geld reicht. Der Termin ist seit Februar bekannt, Einladungen an alle Interessierten gehen in Kürze raus. Es wäre erfreulich, wenn sich künftig GenossInnen aus allen Bezirken beteiligen würden. Eine insgesamt positive Entwicklung haben wir in den Bezirken. In gut der Hälfte gibt es Arbeitskreise etc. für B&G oder reale Schritte hin zu deren Gründung. Schon nach dem 18. PT hatten wir festgelegt, dass für bestimmte Branchen einzelne Bezirke in Absprache die Verantwortung übernehmen bezüglich der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen etc. des AK B&G. Niedersachsen ist so für die Automobilindustrie, Hessen für den öffentlichen und privatisierten Dienstleistungssektor zuständig. Was nicht bedeutet, dass andere Bezirke hier nicht auch Aktivitäten entwickeln sollen. Kürzlich wurde von Genossen der Wunsch geäußert, eine Beratung in Sachen Energiefragen anzuberaumen. Zielgruppe sollten dabei neben den Beschäftigten von privaten und öffentlichen Energieversorgern auch jene aus Bereichen wie Kraftwerksbau sein. Wissenschaftlicher Rat ist natürlich auch willkommen. Es wäre hilfreich, wenn auch hier GenossInnen aus einem Bezirk die Vorbereitungen übernehmen könnten.

In den siebziger Jahren kamen nach meiner Erinnerung bis zu 80% der neuen Parteimitglieder als aktive Gewerkschafter zu uns. Heute ist das anders. Dort, wo Gruppen merklich neue Mitglieder aufnehmen, stellen sie fest, dass auch Organisationsfähige oft nicht Gewerkschaftsmitglied sind,

manche sogar antigewerkschaftliche Tendenzen haben. Es ist also auch unsere Aufgabe, sie vom Eintritt in die Gewerkschaft zu überzeugen. Nützlich kann dabei auch der Hinweis auf gewerkschaftliche Schulungsangebote sein. Ab und zu ein Gewerkschaftsseminar zu besuchen hat aber auch noch kein gestandenes Mitglied dümmer gemacht. Allein schon der Erfahrungsaustausch mit bislang oft unbekanntem KollegInnen kann nur eine Bereicherung sein.

So wie mittlerweile auch in anderen Bereichen 70 bis 80% der Gesetzes nur noch die nationale Umsetzung von EU-Recht sind, so ist das auch in vielen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts. Stichwortweise sei hier nur erinnert an die Bolkesteinrichtlinie, das Flexicurity-Programm und die Port Package. Dass letztere schon zweimal abgewehrt werden konnte, ist der europaweiten Vernetzung der Hafentarbeiter und deren koordiniertem Widerstand zu verdanken. Daran hat auch unser Genosse Bernt Kamin einen großen Anteil.

Die Verantwortlichen in der EU versuchen nunmehr mit einer neuen Variante eine Port Package III durchzusetzen.

So wie sich für die Gewerkschaften daraus und aus dem europa- und oft weltweiten Agieren der Konzerne die Notwendigkeit von Vernetzung und Zusammenarbeit ergibt, so besteht diese auch für kommunistische und Arbeiterparteien. Das war mit ein Grund, weshalb die mittlerweile seit über 6 Jahren bestehende enge Zusammenarbeit mit der NCPN, der KPL und der PTB begonnen wurde. Sie ist über das Stadium des Erfahrungsaustausches bei Arbeitstagen und der jährlichen Konferenzen hinaus gewachsen. So gab es eine gemeinsame Aktion mit gemeinsamem zweisprachigem Flugblatt in der Phase, als in Antwerpen noch um den Erhalt des Opelwerkes gekämpft wurde. Eine ähnliche Aktion vor Opel Bochum kam leider nicht zustande, die Gründe lagen bei uns. Die Privatisierung der Post ist derzeit ein die Menschen bewegendes Thema in Luxemburg und Belgien, die KPL und die PTB sind da aktiv. Ihre Aktivitäten und die Erfahrungen der NCPN sowie unsere gaben genug Stoff für eine auch von der bürgerlichen Presse des Landes beachtete Pressekonferenz in Luxemburg. Die dortigen Beiträge bildeten die Grundlage für eine dreisprachige Broschüre, die über den PV oder mich erhältlich ist. Bei Demonstrationen des EGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften traten wir mit gemeinsamen dreisprachigen Flugblättern auf, wie jüngst gegen Pläne der EU, die Eisenbahnen noch mehr den Profiteuren in die Hände zu geben. Diese Arbeit werden wir ebenso fortsetzen wie die Mitarbeit von Mitgliedern der DKP im Gewerkschafternetzwerk der Europäischen Linken.

Als thematische Schwerpunkte für unsere weitere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit schlage ich vor:

- Verbot, zumindest Eindämmung der Leih- und Zeitarbeit
- flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn
- Verteidigung und Ausbau des Kündigungsschutzes

- Renten nicht erst ab 67

- Arbeitszeitverkürzung
 - als Mittel zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen,
 - aber auch zum Ausgleich steigender Belastungen,
 - Arbeitszeit-„verlängerung“ für Minijobber etc., denen der Lohn nicht reicht

- Durchsetzung eines umfassenden Streikrechts
 - auch als individuelles Recht
 - keine Verengung auf „politischen Streik“
 - Tarifeinheit als gewerkschaftliche Kampfaufgabe

- Unterstützung gewerkschaftlicher Tarifikämpfe
 - als Mittel zur Rückverteilung zugunsten der Arbeitenden,
 - zur Stärkung der Massenkaukraft
 - zur Senkung der Exportabhängigkeit
 - als Akt der Internationalen Solidarität mit den von der dt. Exportwalze Überrollten

Das soll keine Gruppe, keinen Kreis davon abhalten, im Betrieb oder vor Ort brennende Probleme aufzugreifen, die nicht erwähnt wurden. Vor dem Hintergrund unserer Kräfte ist aber eine gewisse Konzentration nötig.

Schlußbemerkung:

Wenn es denn stimmt,
 dass unsere Kraft aus der Einigkeit der Arbeiterklasse erwächst,
 dann ist es unsere Pflicht,
 täglich um diese zu ringen!